

Stadtratsfraktionen Remagen

Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Frank Bliss
Sinziger Str.4
53424 Remagen

Freie Bürgerliste Remagen
Carsten Jacob
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
53424 Remagen

Stadt Remagen
Herrn Bürgermeister Georgi
Bachstr. 2
53424 Remagen



Datum: 14.02.2017

Antrag zur Tagesordnung Bauausschuss

Sehr geehrter Herr Georgi,

im Namen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der Freien Bürgerliste Remagen möchten wir beantragen, auf der Sitzung des Bau-, Verkehrs- und Umweltausschusses am 28. März den folgenden Antrag unsererer Fraktionen auf die Tagesordnung zu setzen:

Verkehrskontrolle in kommunaler Eigenregie gemeinsam mit Bad Breisig und Sinzig

Die Verwaltung wird beauftragt, sich mit den Stadtverwaltungen von Bad Breisig und Sinzig in Verbindung zu setzen mit dem Ziel, den Aufbau eines gemeinsamen Verkehrsüberwachungssystems unter gemeinsamer Regie der drei „RheinMeile“-Gemeinden in die Wege zu leiten.

Begründung des Antrags:

Zwischen Sinzig und Bad Breisig wurden entsprechende Überlegungen wohl schon angestellt. Remagen sollte sich im Verbund der Rhein-Meile-aktiv daran beteiligen. Die Übernahme der Verkehrsüberwachung durch eine der Gemeinden alleine ist nicht realisierbar. Aus dem Innenministerium wurde aber wohl gegenüber Bad Breisig und Sinzig signalisiert, dass ein gemeinsames Vorgehen zweier oder mehrerer Kommunen zum Erfolg führen kann. Ein solches gemeinsames Vorgehen wurde in der Bürgerversammlung vom 23. Januar von der Breisiger Ortsbürgermeisterin Frau Herrmann-Lersch angeregt und vom MdL Herrn Ernst als sinnvolle Maßnahme unterstützt.

Ein Verkehrsüberwachungssystem ist für Remagen besonders in Hinblick auf die Verkehrsgeschwindigkeit auf der B 9 relevant.

Die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf der Bundesstraße wird tagsüber und vor allem nachts deutlich überschritten. Dies wurde in unserer Bürgerversammlung vom 23. Januar durch Herrn Schomisch von der Polizeiinspektion Remagen bestätigt. Eine aktuelle Messung an der Ortsausfahrt Remagen Richtung Norden in der 4. KW ergab 100 Verstöße (darunter 2 verhängte Fahrverbote).

Die unumstritten zu hohen Geschwindigkeiten auf der B9 und auch in der Bergstraße sind in zweierlei Hinsicht problematisch:

1. **Sicherheit:** Die z.T. stark überhöhten Geschwindigkeiten führen dazu, dass teilweise rote Ampeln bzw. Bürgersteige (abgetrennt oder nicht) ignoriert werden, was zu einer Gefährdung der Anrainerbevölkerung führt. Dies trifft insbesondere auf Rolandswerth sowie die Bergstraße in Remagen zu. Aus dem Bereich Bergstraße liegt eine Petition von über 80 Bürger/innen vor, hier mehr für die Sicherheit zu unternehmen. Kontrollen innerhalb städtischer Regie könnten diese Gefährdungssituationen deutlich reduzieren helfen.
2. **Lärmschutz:** Von den B9-Anwohner in gesamten Stadtgebiet wird massiv die weiter zunehmende Lärmbelästigung und die damit immer weiter sinkende Lebensqualität kritisiert. Die überhöhte Geschwindigkeiten mit Werten von sogar über 100 km/h durch PKW, aber insbesondere auch durch LKW führen permanent und besonders nachts zu einer ungeheuren Lärmbelästigung, die durch die Gemengelage mit der Bahn noch potenziert wird. Eine Reduzierung der Geschwindigkeit zur Verringerung der Lärmemission ist daher dringend angesagt und kann u.a. durch regelmäßige Kontrollen erreicht werden.

Natürlich sind weitere, vor allem auch bauliche Maßnahmen notwendig, um auf Dauer die Geschwindigkeit auf der B 9 und die damit einhergehende Lärmbelästigung und physische Gefährdung der Bevölkerung zu reduzieren.

Eine permanent verfügbare Möglichkeit zur Verkehrskontrolle ist jedoch kurz- und mittelfristig die einfachste und billigste Lösung und hilft allen drei Rhein-Meile-Städten Geschwindigkeitsprobleme, wo auch immer, einigermaßen in den Griff zu bekommen. Das Beispiel der Stadt Bad Neuenahr hat gezeigt, dass eine Maßnahme, für die zunächst erhebliche Zuschüsse eingeplant waren, weil sie nur sehr maßvoll angewendet werden sollte, sogar Erträge abwerfen kann und die Maßnahme entsprechend mindestens kostenneutral sein wird. Mit den Rhein-Meile Partnern Bad Breisig und Sinzig sollte also eruiert werden, ob das System auch für die drei Gemeinden gemeinsam realisiert werden kann.

Das Protokoll der Bürgerversammlung vom 23.1.2017 ist beigefügt und ergänzt den Antrag in seiner Begründung.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Bliss, Fraktionssprecher
FdR Volker Thehos



Carsten Jacob, Fraktionssprecher





Stadtratsfraktion Remagen

Sprecher Dr. Frank Bliss
Sinziger Str.4
53424 Remagen
Tel 02642-21848
bliss.gaesing@t-online.de
Datum: 26.1.2017

Ergebnisse der Bürgerversammlung zur Verkehrssituation auf der B 9 am 23. Januar 2017 im Foyer der Rheinhalle, Remagen

0. Zusammenfassende Ergebnisse

Von den etwa 60 anwesenden Bürgerinnen und Bürgern, darunter zahlreiche Kommunalpolitiker und betroffene Anwohner der B 9 in Remagen, Sinzig und Bad Breisig wurden die folgenden Punkte vorgetragen:

I. Die von der B 9 ausgehenden Gefahren, Lärmbelästigungen und sonstigen Beeinträchtigungen sind sehr groß und sie haben in den letzten Jahren zugenommen, vor allem auch durch den LKW Verkehr. Insbesondere sind teilweise extrem überhöhte Geschwindigkeit, die Nichtbeachtung von Fahrverboten, das Überfahren roter Ampeln und das rücksichtslose Befahren von Randstreifen oder Bürgersteigen hierfür verantwortlich.

II. Es sind grundlegende Maßnahmen notwendig, um sowohl Sicherheit wie auch Lärmschutz wiederherzustellen bzw. erstmals umzusetzen. Diese Maßnahmen müssen von den Gemeinden beraten und je nach Zuständigkeit in eigener Verantwortung umgesetzt bzw. beim Landesbetrieb Mobilität (LBM) und dem Rheinland-Pfälzer Verkehrsministerium beantragt werden.

III. Als konkrete Maßnahmen werden vorgeschlagen:

- Übernahme der Kontrolle des rollenden Verkehrs durch die drei Rheingemeinden Bad Breisig, Remagen und Sinzig gemeinsam in eigener Regie,
- kurzfristig der Einsatz mobiler Blitzgeräte, z.B. über die Polizeidirektion Koblenz,
- die rechtssichere Umsetzung der Verbots für LKW über 7,5 t, die B 9 ohne Anliegen im Kreis Ahrweiler zu befahren (d.h. Transit auf der B 9 zwischen Andernach und Bonn), inklusive einer entsprechenden ortsnahen eindeutigen Beschilderung
- bauliche Maßnahmen, die der Geschwindigkeitsreduzierung dienen und Fußgänger schützen wie klar abgetrennte Mittelstreifen, Querungshilfen (z.B. im Bereich des Bahnhofs Remagen), Bürgersteige mit Hochborden zur Straße, Pflanzstreifen u.a.,
- Bau eines Kreisels im Ortsbereich Remagen an der Einmündung der Bergstraße und entsprechende Maßnahmen in Bad Breisig.

1. Problemhintergrund

Die B 9 wird innerhalb der drei Referenzgemeinden Bad Breisig, Remagen und Sinzig je nach Standort von 17.000 bis 23.000 Fahrzeugen am Tag durchquert, davon zwischen 800 und 1.200 LKW.

Ein Großteil der LKW mißachtet das seit 2009 geltende Durchfahrtsverbot für Fahrzeuge über 7,5 t (24 Stunden am Tag!), die kein Anliegen im Kreis haben (also Quell- oder Zielverkehr darstellen). Seit 2009 gibt es seitens des Kreises Ahrweiler entgegen der Auffassung des Verkehrsministers keine Ausnahmegenehmigungen für den LKW-Transitverkehr mehr. Möglicherweise (Klärungsbedarf, da seitens der Verwaltung bestritten) fehlt an einzelnen Zubringerstraßen eine Beschilderung, die das Durchfahrtsverbot rechtssicher macht.

Mehr als zwei Drittel aller Fahrzeuge fahren zum Teil deutlich schneller als die in den Ortsbereichen Bad Breisig und Remagen erlaubten 50 km/h. Nachts kommt es zu einer zusätzlichen Überschreitung der Geschwindigkeit und zudem einer Mißachtung roter Ampeln (allerdings dies auch tagsüber).

Verkehrsmessungen in Remagen haben geradezu dramatische Zahlen ergeben: Die Durchschnittsgeschwindigkeit liegt bei etwa 61 kmh, 14% fahren schneller als 70 kmh, die Spitzenwerte lagen über 110 kmh. Der Verkehr auf der B 9 stellt eine erhebliche Gefahrenquelle für Fußgänger dar (u.a. Mißachtung vor allem durch LKW von - wenn vorhanden - Bürgersteigen, Nichtbeachtung roter Ampelschaltungen). Ebenso ergeben sich Gefahren für Fahrzeuge, die z.B. in Remagen von der Bergstraße nach links in Richtung Bonn abbiegen wollen.

Die vor allem nachts extremen Geschwindigkeitsüberschreitungen führen in der Gemengelage mit der linksrheinischen Hauptbahnlinie zu einer zunehmend unerträglicher werdenden Lärmbelästigung für Hunderte von Anliegerhaushalten. Dies gilt gleichermaßen für Rolandswerth, Rolandseck, Stadtzentrum Remagen, die rheinseitigen Gebiete von Sinzig und den Ortsbereich Bad Breisig.

2. Vorgeschlagene Maßnahmen

Die folgenden Vorschläge beruhen auf den Anregungen der Kartenabfrage zu Beginn der Veranstaltung, den Anregungen der Diskussion und den Beschlüssen des Ortsbeirats Rolandswerth, die während der Veranstaltung ebenfalls eingebracht wurden.

Bauliche Maßnahmen

Da sich eine Reduzierung der Geschwindigkeit des Verkehrs außer durch dichte Kontrollen vor allem durch bauliche Maßnahmen erreichen lässt, wird vorgeschlagen:

- Bau von Kreiseln, hier zunächst detailliert diskutiert für Remagen im Bereich der Einmündung der L 79 (Bergstraße/Birresdorffer Str.) in die B 9. Die Maßnahme ist ohne besondere Probleme durchführbar. Es ist hinreichender Platz vorhanden, die mögliche Kreiselgröße eignet sich für bis zu 25.000 Fahrzeuge am Tag.
- Entsprechende Maßnahmen in Bad Breisig (nicht näher diskutiert).
- Zügige Umsetzung des Rückbaus der B 9 in Remagen von Jahntunnel bis zur Südausfahrt, Schaffung durchgehender Fußwege mit Hochbords zur Vermeidung der Befahrung der Fußwege.

- Entsprechende Maßnahmen in Remagen im Abschnitt Stadteinfahrt von Norden bis Jahntunnel. Hier könnten Querungshilfen, ein abgetrennter Mittelstreifen sowie entsprechende Randstreifen (wie in Oberwinter) kurzfristig für Abhilfe schaffen. Diese Maßnahmen sind zügig umsetzbar und sehr kostengünstig.
- Wo sinnvoll Baumpflanzungen als kleiner Beitrag zur Lärminderung.
- Im Teilbereich Sinzig der B 9 Modernisierung der Lärmschutzmaßnahmen.
- Im Bereich der L 79 in Remagen Erweiterung der Bürgersteige auf ein Mindestmaß, das die Benutzung mit Kinderwagen, Rollstühlen bzw. Rollatoren erlaubt.

Geschwindigkeitsbegrenzungen

- Tempo 30 im Ortsbereich Rolandswerth,
- Tempo 30 auf der Birresdorfer Str. und Bergstraße in Remagen (durchgängig bzw. zumindest in allen Kurvenbereichen ab Ortsschild bis Einmündung,
- Tempo 80 zumindest nachts im Ortsbereich Sinzig.

Geschwindigkeitskontrollen

- Schnellstmöglicher Einsatz mobiler Blitzgeräte im Rahmen des Landespakets Rheinland Pfalz (10 neue Geräte der Koblenzer Polizei),
- kurzfristig mehr (nächtliche) Kontrollen durch die Polizei,
- Übernahme der Kontrolle des fahrenden Verkehrs durch die drei Rheingemeinden selbst, dazu gemeinsamer Beschluss der drei Stadträte (sowie Beschluss über Mittel für Geräteanschaffung und Personalstellen). Diese Maßnahme würde zentral die B 9 (Bad Breisig und Remagen), die B 266 (Sinzig) und die L 79 (Remagen) beruhigen helfen, könnte aber natürlich auch die weiteren Problemlagen entschärfen helfen (z.B. im Bereich der Schulen, Kindergärten).

Umsetzung des LKW Durchfahrtsverbots zwischen Andernach und Landesgrenze Remagen/NRW

- Klärung der Beschilderungslage durch den LBM,
- Schließung der Beschilderungslücke,
- Kontrollen durch die Polizei bzw. die Kommunen selbst.

3. Vorgeschlagene Vorgehensweise

- Die Anregungen der Bürgerversammlung gehen über die anwesenden Vertreter/innen der Ortsbeiräte und Stadträte an die Fraktionen mit dem Ziel gemeinsamer Antragstellung gemäß der spezifischen Notwendigkeiten in den drei Kommunen.
- Für die Verkehrskontrolle in Eigenregie wird angeregt, fraktionsübergreifend Anträge in den Räten zu stellen mit dem Ziel der Anschaffung der Gerätschaft und Einstellung des benötigten Personals. Die Erfahrungen aus Bad Neuenahr sollten hierbei genutzt werden.

- Für die baulichen Maßnahmen in den jeweiligen Kommunen sollten ebenfalls fraktionsübergreifend Anträge in den Stadträten eingebracht werden
 - Kreisel Bergstraße/B 9 in Remagen,
 - Fußwegverbreiterung L 79 in Remagen,
 - Mittelstreifen/Randstreifen und Querungshilfe B 9 in Remagen Nordbereich B 9 (für den Südbereich ab Jahntunnel soll 2017 möglicherweise die Ausbauplanung in Abstimmung mit dem LBM beginnen, der Antrag liegt bereits vor),
 - Schallschutz B 9 in Sinzing usw.
- Die Stadtratsfraktion der Grünen in Remagen wird das Thema LKW-Durchgangsverkehr erneut dem Verkehrsminister in Mainz vorlegen und auf die falschen Angabe zu den Ausnahmegenehmigungen durch den Kreis Ahrweiler im Brief des Ministers vom 15.08.2016 hinweisen. Dabei sollte die Frage der Beschilderung ebenfalls zu Sprache kommen, um Rechtssicherheit bei einer Umsetzung des Durchfahrtsverbots zu schaffen.

Ggf. soll der Petitionsausschuß des Landtages eingeschaltet werden. In jedem Fall bedarf es auch hier vorbereitender Ratsbeschlüsse in den Anliegergemeinden.